

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptkollektors zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage
Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der
Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22

Ercheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag.
Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 1.48. — bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 1.50. — durch die Post bezogen monatlich Mk. 1.55. — mit Zustellungsgebühr.
Alle Postanstalten, Postboten, sowie Zeitungsverleger und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Veränderungs-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. Gewerbeverbandsgesellschaft Bischofswerda Konto Nr. 64.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — wird die Verantwortung der Zeitung oder der Verlegerübernahme — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Wiederherstellung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Grundzeile (Zm. Maße 14) oder deren Raum 12. — Mk., örtliche Anzeigen 6. — Mk. Im Textteil (Zm. Maße 14) 20. — Mk. die 3-spaltige Zeile. Bei Wiederholungen Nachschlag nach feststehenden Sätzen. — Unmögliche Anzeigen die 3-spaltige Zeile 24. — Mk. — für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 244.

Mittwoch, den 18. Oktober 1922.

77. Jahrgang.

Neue Wendung in der Präsidentschaftsfrage.

Die Besprechung beim Kanzler.

Von parlamentarischer Seite wird dem „Tag“ geschrieben:

Die Besprechungen, die in den letzten Tagen über die Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten stattgefunden haben, sind immer mehr von einer Erörterung der Kandidatenfrage und der Gruppierung der Parteien und großen Organisationen zu einer Erörterung darüber zurückgekehrt, ob der Beschluß einer Konferenz der Parteiführer der Regierungsparteien beim Reichskanzler bestehen bleiben soll, wonach die Wahl im 3. Dezember stattfinden sollte. Die Bedenken, die von Vertretern der Deutschen Volkspartei schon vor einigen Wochen geltend gemacht wurden, sind inzwischen durch die politischen Ereignisse als richtig bestätigt. Die außenpolitische Lage drängt zu einer Entscheidung in der Präsidentschaftsfrage. Wenn die Wahl am 3. Dezember stattfinden könnte, könnten die wichtigsten Verhandlungen über eine vorläufige bedeutende Regelung des Reparationsproblems mit der Wahl des Reichspräsidenten zusammenfallen. Außerdem entwickeln sich die innerwirtschaftlichen Verhältnisse derart, daß niemand voraussehen vermag, ob nicht bereits im Monat Dezember von der Reichsregierung und den Regierungen der Länder Maßnahmen getroffen sein müssen, die die Freiheit der Wahl beeinträchtigen können.

Die Vertreter des Zentrums und der Demokraten haben in einer Besprechung, die Montag mittags beim Reichskanzler stattfand, sich den Bedenken der deutschen Volkspartei angeschlossen. Dadurch ist eine völlig neue Situation geschaffen, und es besteht jetzt durchaus die Möglichkeit, daß die Wahl noch wesentlich herausgeschoben wird. Der Vorschlag der Deutschen Volkspartei, die Wahlen im Jahre 1923 mit der Neuwahl zum Reichstag zu vereinigen, ist zwar von den Sozialdemokraten rundweg abgelehnt worden, dafür haben diese aber wieder den Plan der Schaffung eines verfassungsändernden Reichsgesetzes zur Geltung gebracht.

Dieser Plan spielte, wie hier bereits berichtet wurde, schon in den ersten Besprechungen eine Rolle. Damals glaubte man, gewissen Forderungen des letzten Reichspräsidenten dadurch gerecht werden zu können, daß man nicht einfach einen Reichstagsbeschluß herbeiführte, der den Zeitpunkt der Neuwahl festsetzt, sondern gleichzeitig mit verfassungsändernder Reichsgesetz die Amtszeit des Reichspräsidenten den Charakter der vorläufigen Wahl durch die Nationalversammlung nahm. Die Sozialdemokraten verlangen nun aber gleichfalls, daß die Amtsdauer des letzten Reichspräsidenten bis zum Jahre 1926, also auf sieben Jahre verlängert wird.

Berlin, 17. Oktober. (Draht.) Der „Vorwärts“ teilt mit, daß der Reichsausschuss der Zentrumspartei dem von Dr. Stresemann gemachten Vorschlag der Verschiebung der Reichspräsidentenwahl grundsätzlich zugestimmt habe, falls sich die Verschiebung aus verfassungsmäßigen Gründen rechtfertigen läßt.

Berliner Kabinettsberatungen über einschneidende Wirtschaftsmassnahmen.

Berlin, 17. Oktober. Augenblicklich schweben innerhalb des Kabinetts Beratungen über Maßnahmen von ausschlaggebender Bedeutung, die zum Teil eine völlige Wandlung der deutschen Wirtschaftspolitik und der Einstellung zu schwebenden Fragen des Wirtschaftslebens und der Leistung darstellen. Von der Leitung eines führenden Freistaates (Bayern) sind nach Fühlungnahme mit mehreren Freistaaten im Laufe voriger Woche an die Reichsregierung Forderungen auf Maßnahmen gegen die Teuerung gestellt worden, die in einer Anzahl präziser, außerordentlich weitgehender Vorschläge gipfeln. Den Vorschlägen ist eine sehr eingehende Begründung beigegeben worden, die in einzelnen Fällen durch weitere Verhandlungen noch so weit vertieft wurde, daß sich die Räte der betreffenden Regierung als eine ganz neue Richtung auch sozialpolitisch kennzeichnen und erheblich von denen der Gewerkschaften abweichen. Da für die Beantwortung beziehungsweise Erfüllung der gewünschten Wünsche ziemlich dringlich eine kurze Frist gestellt und bei Ablehnung die Verantwortung für die Folgen ausdrücklich abgelehnt und die Freiheit für selbständiges Handeln beansprucht wurde, haben die Vorschläge mehr ein Ultimatum an die Reichsregierung dar.

Die bayerischen Forderungen.

München, 16. September. Die bayerischen Vorschläge, über die Einzelheiten der Öffentlichkeit noch nicht bekannt

geben werden können, die aber so kurz befristet sind, daß große Entscheidungen schon im Laufe der Woche erfolgen müssen, suchen die Erfahrungen zu verwerten, die Bayern mit Bezug auf die Teuerung zu seinem Leidwesen vor Berlin voraus hat, und haben in allererster Linie mittelfristige Ziele.

Eine Teuerungswelle von der Schärfe, wie wir sie in den letzten Wochen erleben, erlebt Bayern, das von ihr mitbetroffen wurde, in diesem Jahre schon zum zweiten Mal. Die Bewertung der Erfahrungen Bayerns aus dem Sommer und das Bestreben, den in Bayern noch nicht so sehr wie in Berg- und Norddeutschland durch die Verhältnisse vernichteten selbständigen und am weitesten Mittelstand als besonderen Stand lebens- und leistungsfähig unter allen Umständen zu erhalten, die drohende Gefahr aber, daß dieser Stand nun auch dort zusammenbricht, der in Bayern und den Nachbarstaaten immer noch die Hauptstütze der Regierung darstellt und als solche auch von der Regierung anerkannt wird, bilden den Anlaß für die sächsischen Schritte. Diesen Gründen und diesen Absichten entspricht es, daß die Durchführung der geforderten Maßnahmen für Industrie und Handel, erhebliche Kosten und Beschränkungen der Gemeinamtsverhältnisse und der wirtschaftlichen Freiheit mitbedeuten würde.

Berlin, 17. Oktober. (Draht.) Laut „Vorwärts“ beschäftigt sich das Reichskabinett gestern mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung eines wertbeständigen Geldpapiers. Wie das Blatt schreibt, handelt es sich um ein Zahlungsmittel, das im Inlandsverkehr nach dem jeweiligen Werte des Dollars in Zahlung genommen werden sollte. Die Beratungen des Reichskabinetts sind noch nicht geschlossen.

Die Berliner Funktione der Sozialdemokratie nahmen gestern in einer Versammlung nach einem Vortrag Hilferdings über die Reparations- und Währungsfrage einstimmig eine Cash-Entscheidung an, in der es heißt: Durch eine Zahlungsoffensive für die Mark muß mit Hilfe des Goldschutzes der Reichsbank und durch Auslegung einer in ihrem Werte beständigen Goldanleihe die weitere Flucht vor der Mark verhindert werden. Die Versammlung erwartet von der Reichsregierung, daß sie alles tue, um diese Forderung durchzusetzen, da sie sonst die Verantwortung für die drohenden Gefahren des Winters nicht mehr übernehmen kann.

Berlin nach dem blutigen Sonntag.

Berlin, 17. Oktober. Den Behörden, besonders der Polizei, ist es möglich gewesen, das Schlagsfeld einigermaßen zu übersehen und die Zahl der Toten und Verwundeten festzustellen. Es ist bis jetzt erwiesen, daß nur ein Kommunist ums Leben gekommen ist. Von den Verletzten sind 23 in Behandlung, darunter sind 7 schwer, 16 leicht verletzt. Genauere Angaben über die Zahl der Verletzten sind nicht möglich, da es die Zusammenkünfte verstanden haben, viele ihrer Genossen die Wunden davontragen, mit sich zu nehmen und vor der Polizei zu verstecken. Es ist damit zu rechnen, daß unter den Opfern der Sips bei der Schwere der Verletzungen noch Todesfälle eintreten können. Es ist übrigens einwandfrei festgestellt worden, daß

zahlreiche Ausländer, besonders Russen, die deutschen Kommunisten zum Sturm auf den Zirkus und zu den schweren Unruhen deutscher Bürger aufzufachen. In den Interpellationen, die im Reichstag und Landtag eingebracht werden sollen, will man der Forderung Ausdruck geben, daß mit größter Strenge gegen diese Verbrechen vorgegangen wird und man sie des Landes verweist. Was nun

die Nachforschungen nach den Mordopfern anbelangt, so ist ein abschließendes Ergebnis in diesem Augenblick natürlich noch nicht vorhanden. Es sieht aber sehr, daß, wie auch bei früheren Unruhen in Berlin, die eigentlichen geistlichen Führer, ganz besonders die Abgeordneten aus dem Reichstag und dem Landtag, die Stimmung durch ihr ganzes Verhalten wohl vorbereitet haben, sich dann aber zurückziehen und sich hüteten, persönlich die von ihnen aufbehaltenen Waffen zu lenken. Böllers rüchtheit erscheint dem überwiegend gerecht denkenden Teil der Bevölkerung fernherhin das Verhalten des Reichspräsidenten Richter. Daß die Lage bedenklich und die Stimmung schwül war, zeigt sich aus der Sprache der „Roten Fahne“ und in mancherlei anderen Anzeichen in den Vorgesprächen des Sonntags. Trotzdem hielt es Herr Richter für angebracht,

zur ganze jede Mann Schutzpolizei nach dem Zirkus zu entsenden, um nicht durch ein größeres Aufgebot „propagieren“ zu wirken! Bei den Ausprüchen in den Vorgesprächen ist daher auch von der Polizei

seit des Volkseisenpräsidenten, der mit seinen Maßnahmen viel zu spät einwirkte Rechenschaft gefordert werden. Als weitere Frage, die dringend der Klärung bedarf, kommt die Quelle in Betracht, aus der das Geld geflossen ist, das man den Demonstranten in die Hand drückte. Klar bemerken wir, daß es sich um einen künstlichen Durch handelt. — Minister Eserin, der im beleagerten Gebiet weilt, ist zurzeit noch nicht nach Berlin zurückgekehrt.

Der amtliche Bericht des Berliner Volkseisenpräsidenten Richter bringt über die Vorgänge nachfolgende charakteristische Einzelheiten: Für die Methode, die man bei der Durchführung der Aktion eingeschlagen hat, ist charakteristisch, daß der festgenommene Obmann des Obdachlosenvereins ausgefragt hat, daß die Mitglieder von der R. P. D. zur Teilnahme an der gegenwärtigen Demonstration besonders aufgeboten worden seien. Von den für die Mitglieder von der R. P. D. gesammelten Geldern hat dieser Obmann des Vereins 200 Mk erhalten; die übrigen Mitglieder haben je 13,50 Mk erhalten. Der Obmann sowie die Geldgeber sind in Haft genommen worden. Die Mitglieder erhielten am Königsgraben hinter dem Warenhaus Tief ihre Löhne. Der Volkseisenpräsident hat eine Wohnung von 500 000 Mk für diejenigen ausgesetzt, die sichere Angaben über die Mitglieder der kommunistischen Aktion und die Beteiligten an den Gewalttaten machen können.

Berlin, 17. Oktober. (Draht.) Im Verlauf der politischen Ermittlungen über die blutigen Zusammenstöße am Sonntag am Zirkus Busch fand gestern laut Berl. Sol. Anzeiger eine Durchsuchung sämtlicher Räume der „Roten Fahne“ statt. Es wurde Material beschlagnahmt, das noch gestern geprüft wurde. Der „Vorw.“ zufolge wurden im Laufe des vorigen Abends noch etwa 30 Personen festgenommen. Alle bei den Straßenkämpfen verletzten Personen sind bereits außer Lebensgefahr. Die beiden Volkseisenwachmeister, deren Zustand anfangs an Besorgnissen Anlaß gegeben hatte, sind bereits wieder dienstfähig geschrieben worden. In der für gestern abend angekündigten kommunistischen Protestkundgebung, die ruhig verlief, wurde beschloffen, daß heute vormittag die Betriebsräte der Groß-Berliner Betriebe beim Volkseisenpräsidenten vorzusprechen und vom Volkseisenpräsidenten Richter fordern sollten, sämtliche Verhafteten sofort freizulassen. Werde dem Verlangen nicht Folge gegeben, so würden am Mittwoch sämtliche Betriebe stillgelegt werden.

Berlin, 16. Oktober. (B. L. B.) Die deutschnationale Fraktion des Reichstages brachte eine Interpellation ein, in der es heißt: Die Vorwürfe am Zirkus Busch beweisen, daß die vorhandenen Gesetze zum Schutze der Versammlungsfreiheit nicht ausreichen. Diese Frage bedarf weiterer Klärung und entsprechende gesetzliche Maßnahmen. Vor allem aber bedarf die Handhabung der bestehenden Gesetze im Sinne des unbedingten Schutzes der Versammlungsfreiheit, des Schutzes der Persönlichkeit und der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung einer grundlegenden Änderung.

Der Vorsitzende der deutschnationalen Volkspartei Hrg. Hergt gab dem unversichtlich im Reichstag eine Interpellation einzubringen, die auf die Abkehrung des Berliner Volkseisenpräsidenten Richter wegen der vertriebenen Zusammenstöße beim Zirkus Busch abzielt.

Der Auftakt zur neuen Reparationsdebatte.

Der aus Amerika zurückkehrende Max Kenna hat in London darauf hingewiesen, daß keine Frage die amerikanische Geschäftswelt stärker interessiere, als die der deutschen Reparationen. Der Kampf um die verschiedenen Pläne zur Lösung dieses Problems wird zweifellos an Umfang und Intensität zunehmen und vielleicht auch amerikanische Kreise hineinziehen.

Über den Vorschlag Sir John Brodhurst werden jetzt Einzelheiten bekannt.

Es sollen angestrebt werden:

1. Das deutsche Budget nahezu völlig von den äußeren Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag zu entlasten, sprich bis zu einer Dauer von vier Jahren, um so Deutschland die Möglichkeit zu geben, Kredite zu erhalten.

2. Den Markkurs zu stabilisieren durch eine Verzinsung, durch die die Reichsbank ermächtigt wird, Gold gegen Papiermark zu einem von einer gemischten Kommission festgesetzten Preis zu verkaufen.

3. Die Reparationskommission zu reorganisieren und ihren Sitz nach Berlin zu verlegen.

Eine eingehende Begründung ist dem Vorschlag beigegeben. Die Einleitung der Debatte ist nun möglich, wenn